

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
27.05.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:04 Uhr bis 17:37 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:21 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:10 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:50 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 17:15 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 16:04 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	ab 15:41 Uhr
Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	ab 15:16 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	
Kay Senius	SPD-Fraktion	ab 16:30 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Markus Klätte	Stadtrat	
Gisela Wagner	Stadträtin	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier  
Uwe Stäglin  
Dr. Judith Marquardt  
Tobias Kogge  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Kirsten Sommer

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordnete  
Beigeordneter  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Andreas Schachtschneider  
Elisabeth Nagel  
Dietmar Weirich  
Helmut-Ernst Kaßner

CDU/FDP-Stadtratsfraktion  
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Stadtrat

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Einwohnerinnen und Einwohner und die Damen und Herren Stadträte zur 10. öffentlichen Sitzung des Stadtrates und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Frau Anja Klarenbach zum Kita-Streik**

---

**Frau Klarenbach** informierte darüber, dass seit dem 01. April 2015 die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst für mehr Anerkennung und Vergütung streiken. Nach fünf Verhandlungsrunden gäbe es von den Arbeitgebervertretern noch immer kein Angebot. Die Streiks könnten sofort beendet werden, wenn ein Angebot vorliegen würde.

Sie bat um Unterstützung ihrer Forderungen beim Kommunalen Arbeitgeberverband.

**Frau Klarenbach** fragte an, ob sich die Verwaltung die Verwendungsmöglichkeiten des Einsatzes der Personalkosten in Bezug auf die Rückerstattung an die betroffenen Eltern überlegt habe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass Voraussetzung für eine mögliche Erstattung der Elternbeiträge die Beendigung des Streiks sei. Er habe schon mit einigen Fraktionsvorsitzenden über das Thema der Rückerstattung der Elternbeiträge gesprochen.

Er richtete die Bitte an die betroffenen Tarifparteien, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, um schnellstmöglich zu einem Ergebnis zu kommen.

### **Herr Rodney Thomas zur Beteiligung an Planungsprozessen**

---

**Herr Thomas** brachte seine Unterstützung des Antrages der CDU/FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur frühzeitigen Beteiligung des Stadtrates an Planungsprozessen zum Ausdruck.

Seiner Ansicht nach gäbe es kaum, weder für Bürger noch für Stadträte, eine frühzeitige Beteiligung am Planungsprozess. Als Beispiele nannte er den Wohnpark Paulusviertel und das Neubauvorhaben der HWG am Riebeckplatz.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortete, dass für ein Hochhaus am Riebeckplatz noch kein konkreter Plan vorliege. Zunächst gehe es nur um die Frage des Aufstellungsbeschlusses für einen Bebauungsplan.

In Bezug auf die Bürgerbeteiligung verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf, dass mit der Werkstatt zum Leitbild Riebeckplatz frühzeitig sowohl die Bürgerinnen und Bürger, als auch die Kommunalpolitik einbezogen wurde.

Auf weitere Nachfrage teilte er mit, dass sich das Thema „Zootrasse“ im gültigen Flächennutzungsplan der Stadt wiederfindet. Es handelt sich dabei um eine sehr alte Planung, welche nach Überarbeitung des Flächennutzungsplanes diskutiert werden soll. In der Zukunftswerkstatt in Trotha wurden die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert.

Auch vor den Baumaßnahmen am Steintor habe es frühzeitige, umfangreiche Diskussionen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie Geschäftsleuten gegeben.

### **Herr Ulrich Möbius zum Abriss des alten Planetariums**

---

**Herr Möbius** nahm Bezug auf das ehemalige Planetarium auf der Peißnitzinsel. Seiner Ansicht nach stelle das Gebäude ein Denkmal der Moderne dar, weil es das letzte Gebäude ist, was Herr Herbert Müller in Halle selbst geplant und gebaut hat und im letzten Jahr, bei den Feierlichkeiten zu 50 Jahre Halle-Neustadt mit ihm geworben wurde. Viele Bürger und Vereine hätten ihre Unterstützung zum Erhalt des Gebäudes zugesagt.

Er fragte an, wann der Abriss des ehemaligen Planetariums geplant sei, was dafür getan wurde, das Gebäude zu erhalten und welche Möglichkeiten gesehen werden, den Abriss doch noch abzuwenden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass die Stadt sehr umfangreich die Flutschäden aufgelistet hat, zu denen auch das ehemalige Planetarium gehört. Da das Gebäude technisch nicht mehr nutzbar sei, habe die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat einen anderen Standort gesucht und dafür Flutmittel beantragt. Zugleich wurde der Abriss des alten Planetariums beschlossen.

Bei einem eventuellen Erhalt des Gebäudes müsste geklärt werden, wer die Kosten trägt und dafür aufkommt.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Bewilligung der Fördergelder für einen Ersatzneubau nur dann erfolgt, wenn der Nachweis erbracht wird, dass der alte Standort nicht mehr geeignet ist bzw. ein wirtschaftlicher Totalschaden vorliegt. Dies sei hier der Fall gewesen und aus diesem Grund wurde die Teilgenehmigung für den Abriss erteilt.

Abschließend teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Fall des ehemaligen Planetariums exemplarisch für eventuelle andere Fälle dem Landesverwaltungsamt als Entscheidungsbehörde vorgelegt wurde mit der Anfrage, ob ein Neubau bei Erhalt des alten Gebäudes theoretisch möglich ist. Die Antwort dazu steht noch aus. Wenn eine Antwort vorliegt, wird er sie mitteilen.

### **Herr Alexander Vetter zur Transparenz der Verwaltung und Verschlüsselung beim E-Mail-Verkehr**

---

**Herr Vetter** fragte nach der Vollverschlüsselung bei E-Mail-Verkehr des Stadtrates und der Behörden. Des Weiteren fragte er nach, weshalb er im Zuschauerraum keine Fotos der Mitglieder des Stadtrates machen dürfe.

Zur Frage der Verschlüsselung des E-Mail-Verkehrs sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine schriftliche Beantwortung zu.

Bezüglich der Fotoaufnahmen, machte er darauf aufmerksam, dass laut der Geschäftsordnung des Stadtrates dies nicht zulässig sei. Der Stadtrat sei autonom und habe ein Recht am eigenen Bild.

Durch den Stadtrat wurde ein klares Votum dazu abgegeben, dass nur die Aufzeichnungen ermöglicht werden, die zugelassen wurden. Der Stadtratsvorsitzende achte im Rahmen seiner Funktion darauf, dass die Sitzungen durch Bildaufnahmen nicht gestört werden.

Den Hinweis von **Herrn Vetter**, dass die Stadträte Personen des öffentlichen Lebens seien, bestätigte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, machte aber deutlich, dass in der Stadtratssitzung die Geschäftsordnung gelte. Außerhalb der Sitzung könnten jederzeit Bildaufnahmen gemacht werden.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 10. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 47 Mitglieder des Stadtrates (82,46 %) anwesend.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

7.4 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen  
Vorlage: VI/2015/00610

*Wurde im Fachausschuss vertagt.*

7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten  
Vorlage: VI/2015/00694

*Wurde im Fachausschuss vertagt.*

**Herr Lange** informierte darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage und ein Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen für den Betrieb von Wasserspielanlagen  
Vorlage: VI/2015/00916

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

Vorlage: VI/2015/00916

**mit mehr als 2/3 Mehrheit  
einstimmig zugestimmt**

Damit wird die Vorlage unter dem **Tagesordnungspunkt 6.13** behandelt.

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Absicherung der Schulentwicklungsplanung  
Vorlage: VI/2015/00925

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass man festgestellt habe, dass das im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu nutzende Programm möglicherweise für bestimmte Schulen einen Nachteil bringen würde was den Förderanspruch angeht. Aus diesem Grund sollen Alternativen dazu geprüft werden.

Mit dem Dringlichkeitsantrag soll die Verwaltung eine Legitimationsgrundlage dafür haben, in Erweiterung des Beschlusses zur Schulentwicklungsplanung das Programm noch einmal zu prüfen und das Ergebnis rechtzeitig vorzulegen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, dass die Verwaltung die vorliegenden Fristen einhalte und bereits eine Prüfung erfolge.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**

Vorlage: VI/2015/00925

**mit mehr als 2/3 Mehrheit  
einstimmig zugestimmt**

Damit wird der Antrag unter dem **Tagesordnungspunkt 8.8** behandelt.

**Herr Lange** informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

6.12 Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: VI/2015/00893

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.*

6.7 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale), 1. Änderung/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf  
Vorlage: VI/2015/00583

*Zusammenfassende Sachdarstellung wurde in Anlage 2 geändert.*

8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße  
Vorlage: VI/2015/00865

*Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.*

- 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen  
Vorlage: VI/2015/00881

*Hierzu liegt eine geänderte Vorlage (Beschlusspunkt 3) vor.*

- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Werbenutzungsvertrag der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00852

*Die Beantwortung erfolgt im nicht öffentlichen Teil.*

- 10.2 Optimierung der Verwaltungsstandorte - Neubau eines Verwaltungsstandortes am Riebeckplatz – Analyse  
Vorlage: VI/2015/00846

*Die Anlagen wurden am Freitag nachversandt.*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat darum, aufgrund der aktuellen Geschehnisse und Diskussionen die Vorlage zum Tagesordnungspunkt

- 6.2 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2014/00245

um einen Monat zu vertagen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 29. April 2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2015 für die Baumaßnahme HW 287 Reidebachbrücke Kanena (079) zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: VI/2015/00759
- 6.2 *Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss*  
*Vorlage: VI/2014/00245*

*vertagt*

- 6.3 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/00579
- 6.4 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 26 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Leipziger Chaussee“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/00580
- 6.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30 „Gewerbegebiet südlich der Dieselstraße“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00581
- 6.6 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 31 „Saaleufer am Böllberger Weg“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00582
- 6.7 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale), 1. Änderung/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf  
Vorlage: VI/2015/00583
- 6.8 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 27 „Sonderbaufläche Nahversorgungszentrum (NVZ) Ammendorf“- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00660
- 6.9 Vergabe der 3 neuen Straßennamen Julius-Bernstein-Straße, Ernst-von-Dobschütz-Weg, Maria-Likarz-Weg  
Vorlage: VI/2015/00717
- 6.10 Vergabe des neuen Straßennamens Gudrun-Goeseke-Straße  
Vorlage: VI/2015/00721
- 6.11 Antragstellung zur Förderung von Investitionen im "Programm nationaler Projekte des Städtebaus 2015"  
Vorlage: VI/2015/00847
- 6.12 Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: VI/2015/00893
- 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH" (Vorlage-Nr. VI/2015/00893)  
Vorlage: VI/2015/00928
- 6.13 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen für den Betrieb von Wasserspielanlagen  
Vorlage: VI/2015/00916
- 7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der Fraktionen CDU/FDP, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg  
Vorlage: VI/2015/00666

- 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg  
Vorlage: VI/2015/00710
- 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00710)  
Vorlage: VI/2015/00889
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt Halle, des Landes Sachsen-Anhalt sowie weiterer musealer Einrichtungen der Stadt Halle unter Einbeziehung der HAVAG  
Vorlage: VI/2015/00700
- 7.4 *gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen*  
Vorlage: VI/2015/00610 *vertagt*
- 7.5 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum  
Vorlage: VI/2015/00602
- 7.6 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten*  
Vorlage: VI/2015/00694 *vertagt*
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktionen CDU/FDP und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur frühzeitigen Beteiligung des Stadtrates an Planungsprozessen  
Vorlage: VI/2015/00877
- 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung eines professionellen Fahrradverleihsystems in Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00855
- 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen  
Vorlage: VI/2015/00863
- 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur mehrjährigen Förderung im Bereich Jugendhilfe  
Vorlage: VI/2015/00864
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße  
Vorlage: VI/2015/00865
- 8.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur

Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße  
Vorlage: VI/2015/00927

- 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss  
Vorlage: VI/2015/00867
- 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen  
Vorlage: VI/2015/00881
- 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen (Vorlage VI/2015/00881)  
Vorlage: VI/2015/00932
- 8.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Absicherung der Schulentwicklungsplanung  
Vorlage: VI/2015/00925
- 9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Beseitigung der Hochwasserschäden auf der Pferderennbahn Passendorfer Wiesen  
Vorlage: VI/2015/00883
- 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Stellenplan  
Vorlage: VI/2015/00886
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Beseitigung von nicht mehr fahrtauglichen Fahrrädern  
Vorlage: VI/2015/00873
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens  
Vorlage: VI/2015/00802
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Werbenutzungsvertrag der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00852  
*- Die Behandlung erfolgt im nicht öffentlichen Teil -*
- 9.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der "Fortschreibung des Bibliothekskonzepts der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2014 - 2018"  
- hier Personal  
Vorlage: VI/2015/00853
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der "Fortschreibung des Bibliothekskonzepts der Stadtbibliothek Halle (Saale)" - hier: Konzept  
Vorlage: VI/2015/00854

- 9.8 Anfrage der Fraktionen SPD, CDU/FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Breitbandausbau  
Vorlage: VI/2015/00866
- 9.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung des Zustandes der Wege in der Dölauer Heide  
Vorlage: VI/2015/00851
- 9.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsangebot in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00869
- 9.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung  
Vorlage: VI/2015/00878
- 9.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Nachfolgeprogramm Bürgerarbeit  
Vorlage: VI/2015/00879
- 9.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Baulücke „Spitze“  
Vorlage: VI/2015/00882
- 9.14 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf zur Robert-Koch-Schwimmhalle  
Vorlage: VI/2015/00833
- 9.15 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Verkehrsberuhigung auf dem Universitätsring  
Vorlage: VI/2015/00849
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Baugenehmigung für den Golfplatz am Hufeisensee  
Vorlage: VI/2015/00788
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Girls‘ & Boys‘ Day  
Vorlage: VI/2015/00862
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Öffnung des Mühlgrabens für Paddelboote  
Vorlage: VI/2015/00868
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand der Bewilligung von Städtebaufördermitteln im Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/00870
- 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Verkehrserhebung SrV 2013 für die Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00871
- 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radverkehr in der Bernburger Straße  
Vorlage: VI/2015/00872
- 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Nutrias im Stadtgebiet der Stadt

- Halle  
Vorlage: VI/2015/00874
- 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtbad  
Vorlage: VI/2015/00876
- 9.24 Anfrage der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur  
Tourismuskonzeption für die Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00884
- 9.25 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Vereinsnutzung von  
Schulturnhallen  
Vorlage: VI/2015/00857
- 9.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bewerbung und  
Vermarktung des Roten Turms und Stadtmuseums  
Vorlage: VI/2015/00858
- 9.27 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherheit von  
Eingangstüren an Grundschulen  
Vorlage: VI/2015/00859
- 9.28 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu Marketingstrategien im  
Zusammenhang mit der neuen Jugendherberge  
Vorlage: VI/2015/00779
- 9.29 Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Prüfung des  
Artenschutzes zum Bauvorhaben auf dem Gelände des ehemaligen  
Regierungspräsidiums der HGWS im Paulusviertel  
Vorlage: VI/2015/00860
- 9.30 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch zu Demonstrationen im Stadtteil Silberhöhe  
Vorlage: VI/2015/00821
- 9.31 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch zur Demonstration vor dem Gesundheitszentrum  
im Stadtteil Silberhöhe am 22.03.2015  
Vorlage: VI/2015/00822
10. Mitteilungen
- 10.1 Quartalsbericht IV/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG  
Vorlage: VI/2015/00648
- 10.2 Optimierung der Verwaltungsstandorte - Neubau eines Verwaltungsstandortes am  
Riebeckplatz – Analyse  
Vorlage: VI/2015/00846
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der CDU/FDP Fraktion in alle der Verwaltung vorliegenden  
Unterlagen zur Ansiedlung des Vereins Hallescher ISC e.V. in Halle-Neustadt

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift vom 29. April 2015**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.04.2015.

**Abstimmungsergebnis:**                      **einstimmig zugestimmt**

### zu 4      **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass keine Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 29.04.2015 gefasst wurden.

### zu 5      **Bericht des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete über den Star Park Halle. Der Bauabschluss eBay Enterprise ist fast vollzogen, so dass der Zeitplan der Eröffnung im Juni bzw. Juli eingehalten werden kann.

Zur Entwicklung des Riebeckplatzes verwies er auf die Bedeutung des Platzes im Hinblick auf das Flächenmanagement der Bahn. In der vorliegenden Skizze sehe man deutlich noch eine Fläche, auf der ein Investor angesiedelt werden kann. Zusätzlich besteht die Möglichkeit des Baus eines Parkplatzes.

Unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen liegt eine Analyse zu den Verwaltungsstandorten vor.

Er informierte, dass eine Vorlage dazu im September 2015 vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** alle Stadträtinnen und Stadträte um Anregungen und Hinweise.

Er informierte weiterhin über das Interesse eines Investors am Neubau eines Bürogebäudes am Riebeckplatz.

Aus diesem Grund soll auch der Aufstellungsbeschluss des B-Planes zum Verwaltungs- und Bürogebäude am Riebeckplatz um einen Monat vertagt werden.

In der Präsentation zeigte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aktuelle Aufnahmen von der Berliner Brücke und den intensiven Bautätigkeiten der Bahn. Des Weiteren informierte er über einen personellen Wechsel im Regionalbereich der Deutschen Bahn. Frau Winter werde als neue Regionalmanagerin eingesetzt.

An der Spitze wurde nunmehr Richtfest für das neue Finanzamt gefeiert. Es ist vorgesehen, den Umzug zum Jahresende durchzuführen. Die Eröffnung des Finanzamtes sei für Anfang Januar 2016 geplant.

Laut Bericht von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schreiten die Umbaumaßnahmen am Steintor und am Rannischen Platz weiter voran.

Bezüglich der Diskussionen zur alten Eissporthalle informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über den vorliegenden Stadtratsbeschluss vom 26.11.2014 mit dem angekündigten Heimfall der Vertragsobjekte, zu denen auch die alte Eissporthalle gehört.

Im Beschluss wurde dargestellt, dass die Stadt sämtliche bestehenden und zukünftig entstehenden finanziellen Verpflichtungen, ob bekannt oder unbekannt, aus und im Zusammenhang mit dem Erbbaurechtsverhältnis sowie dem Vertragsobjekt übernimmt.

Das Landesverwaltungsamt hat den Beschluss als kreditähnliches Rechtsgeschäft in Höhe von 150.000 Euro eingestuft und das Geschäft am 10.02.2015 ausnahmsweise genehmigt. Es wurde die Auflage erteilt, eine Fördermittelzusage der IB-Bank in Höhe von 2,5 Mio. Euro vorzulegen. Der Antrag auf Fluthilfe wurde bei der IB-Bank gestellt und alle Unterlagen vorgelegt. In den nächsten Wochen werde mit einer Teilgenehmigung durch die IB-Bank gerechnet. Erst mit der Genehmigung sei die Auflage des Landesverwaltungsamtes erfüllt und der Heimfall könne erklärt werden. Parallel dazu werde zum jetzigen Zeitpunkt der Abriss vorbereitet, welcher im Hinblick auf die Projektierung und Ausschreibungsfristen möglicherweise mehrere Monate in Anspruch nehmen wird.

Im gleichen Zusammenhang habe das Landgericht entschieden, dass die außerordentliche Kündigung des Betreibers durch den Verein rechtmäßig ist. Durch den Liquidator wurde ein Gerichtsvollzieher mit der Räumung beauftragt. Die Sicherheit in Höhe von 40.000 Euro zur Abwendung der Vollstreckung wurde durch die Gegenseite nicht geleistet. Durch den Kläger wurde am 07.05. zwar Berufung eingelegt, aber gleichzeitig avisiert, dass die Halle am 08.06.2015 übergeben werden kann.

Aufgrund der Zusage vertraue die Stadt darauf, in den Besitz der Halle zu kommen, um den Heimfall zu erklären und die Halle abreißen zu können.

In Bezug auf den neuen Gimritzer Damm berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über den aktuellen Stand.

Der Neubau des Dammes wurde seit 2011 von Fachleuten des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) geplant, mehrere Varianten wurden untersucht. Dabei sei man zu der Überzeugung gekommen, dass die gewählte Führung die optimale Variante ist. Man befinde sich hier im übertragenen Wirkungskreis.

Das Verwaltungsgericht habe die aufschiebende Wirkung der vom Landesverwaltungsamt gegenüber dem LHW erteilten Plangenehmigung angeordnet. Die Beschwerde des Landesverwaltungsamtes beim Oberverwaltungsgericht wurde am 20.05.2015 zurückgewiesen. Die schriftliche Begründung liegt noch nicht vor, soll jedoch laut bisheriger Informationen auf das Fehlen einer Umweltverträglichkeitsprüfung zurückzuführen sein, wodurch ein Baustopp veranlasst wurde.

Die Klage der Anwohner gegen die Plangenehmigung bleibe anhängig.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erläuterte anhand des Querschnitts des neuen Gimritzer Dammes die notwendigen erforderlichen Baumaßnahmen.

Auf dem alten Gimritzer Damm stehen mehr als 800 Bäume und darunter befindet sich ein Leitungsbestand, der den Bau eines DIN-gerechten Dammes an gleicher Stelle fast unmöglich macht.

In Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung erläuterte er, dass diese immer dann erforderlich sei, wenn der Hochwasserabfluss „beeinflusst“ wird. Die Auslegung und Interpretation des Rechtsbegriffes liege auf Seiten des Rechtsanwenders.

Weiterhin wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtet, dass die Stadt Halle das Landesverwaltungsamt als Entscheidungsbehörde bei den weiteren Schritten intensiv unterstützen wird. Dazu gehöre auch der Abriss der alten Eissporthalle, um Variationen und Möglichkeiten aufzuzeigen und den Weiterbau des Dammes zügig zu ermöglichen.

Durch den Minister für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Aeikens, wurden die Bürgerinitiativen Pro Deich und IG Hochwasserschutz Altstadt zu einem Gespräch eingeladen.

Des Weiteren erfolgte die Anmeldung einer Kundgebung am 6. Juni 2015 durch die Bürgerinitiative Pro Deich an der Eissporthalle zum Thema Jahrhunderthochwasser 2013, zu welcher voraussichtlich auch Herr Minister Dr. Aeikens sprechen wird.

Die Stadt erwarte jetzt das Gespräch beim Minister, um alle Möglichkeiten und Varianten auszuloten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte weiter darüber, dass er am 05.05.2015 vom Landeswahlleiter für die vier Wahlkreise Nr. 35 bis 38 zur Landtagswahl 2016 zum Kreiswahlleiter berufen wurde.

Bezugnehmend auf die Diskussionen zur Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrates, wies er darauf hin, dass nach § 65, Absatz 1 KVG die Vorbereitung durch den Oberbürgermeister mit einer schriftlichen oder mündlichen Beschlussempfehlung endet. Dies stehe in alleiniger Kompetenz des Hauptverwaltungsbeamten. Vorabbindungen durch etwaige Beschlüsse sind unwirksam.

Zu den Hochhausschreiben in Halle-Neustadt teilte er mit, dass die Scheibe C vom Land an eine private Firma verkauft wurde. Die Stadt befinde sich in Gesprächen mit der Firma und werde ein Konzept vorlegen. In Bezug auf die von Herrn Beigeordneten Stäglin aufgezeigte Zeitschiene zur Planung Januar 2016 werde bei Erforderlichkeit ein Aufstellungsbeschluss zur Sanierungssatzung Fördermittelanträge vorbereitet. An der Unterstützung durch die SALEG soll festgehalten werden.

Abschließend wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf das im Jahr 2017 stattfindende Reformationsjubiläum hin. Im Jahr 2016 wolle man eine Woche vor den Händel-Festspielen bereits mit einigen Veranstaltungen auf das kommende Jahr hinweisen und auf die Reformationsveranstaltungen 2017 hinführen.

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt werde sich mit den Kultureinrichtungen darüber verständigen.

## zu 6      **Beschlussvorlagen**

---

- zu 6.1      Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2015 für die Baumaßnahme HW 287 Reidebachbrücke Kanena (079) zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: VI/2015/00759**
- 

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2015 für die Baumaßnahme HW 287 Reidebachbrücke Kanena (079) zur Beseitigung von Hochwasserschäden in Höhe von **729.800 €** aus dem PSP-Element 8.54101093.700/ 78527777 HW 287 Reidebachbrücke Kanena.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung 2015 aus dem PSP-Element 8.54101062.700 HW 105 Wirtschaftsweg Brunnengalerie in Höhe von **729.800 €**.

- zu 6.3      Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/00579**
- 

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht.
2. Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 25 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

- zu 6.4      Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 26 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Leipziger Chaussee“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: VI/2015/00580**
-

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

1 Enthaltung

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 26 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Leipziger Chaussee“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht.
2. Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 26 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30  
„Gewerbegebiet südlich der Dieselstraße“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00581**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 30 „Gewerbegebiet südlich der Dieselstraße“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 168.
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.6 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 31  
„Saaleufer am Böllberger Weg“ - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00582**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

2 Enthaltungen

### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 31 „Saaleufer am Böllberger Weg“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 170.
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

### **zu 6.7 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale), 1. Änderung/ Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf Vorlage: VI/2015/00583**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass der Stadtrat vor einigen Monaten schon zu dem Ergebnis kam, dass der vorgeschlagene Standort falsch ist und die Vorlage deshalb ablehnte.

Eine Verbesserung des Einzelhandels an dieser Stelle entfalte nicht die erwartete Wirkung. Das Stadtzentrum von Ammendorf würde weiter veröden.

Aus diesem Grund lehne seine Fraktion den Beschluss ab.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

24 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

### **Beschluss:**

1. Den in der Anlage 2 der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur 1. Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat beschließt die Änderung des am 30.10.2013 beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale) (Beschluss Nr. V/2013/11902) bezüglich der Ausweisung des Nahversorgungszentrums Ammendorf mit der in dem Steckbrief vorgeschlagenen Abgrenzung, der der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss als Anlage 1 beigefügt ist.

**zu 6.8 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 27  
„Sonderbaufläche Nahversorgungszentrum (NVZ) Ammendorf“-  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VI/2015/00660**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 27 „Sonderbaufläche Nahversorgungszentrum (NVZ) Ammendorf“.
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.9 Vergabe der 3 neuen Straßennamen Julius-Bernstein-Straße, Ernst-von-Dobschütz-Weg, Maria-Likarz-Weg  
Vorlage: VI/2015/00717**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt  
1 Nein-Stimme**

**Beschluss:**

Der Stadtrat bestätigt die Straßennamen Julius-Bernstein-Straße, Ernst-von-Dobschütz-Weg und Maria-Likarz-Weg für die neuen Erschließungsstraßen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 70.3 „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben.

**zu 6.10 Vergabe des neuen Straßennamens Gudrun-Goeseke-Straße  
Vorlage: VI/2015/00721**

---

**Frau Dr. Schöps, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, merkte dazu an, dass ihre Fraktion die Vergabe des Straßennamens ausdrücklich begrüßt.

Die Würdigung der Arbeit von Gudrun-Goesecke zur Sicherung, Bewahrung und Aufarbeitung der jüdischen Geschichte in Halle und ihres Engagements für Toleranz und Verständigung werde auch als Wertschätzung für die Arbeit von Frau Sabine Wolff im Stadtrat gesehen, die die Anregung zum Vorschlag des Straßennamens gab.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

1 Nein-Stimme

**Beschluss:**

Der Stadtrat bestätigt den Straßennamen **Gudrun-Goesecke-Straße** für die im Zuge des Steintorumbaus neu entstehende Erschließungsstraße zwischen der Paracelsusstraße und Ludwig-Wucherer-Straße.

**zu 6.11 Antragstellung zur Förderung von Investitionen im "Programm nationaler Projekte des Städtebaus 2015"  
Vorlage: VI/2015/00847**

---

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, wies darauf hin, dass die beiden Förderanträge schon beim entsprechenden Bundesministerium vorliegen würden und fragte nach, welche Entscheidung der Stadtrat heute fällen soll.

Des Weiteren fragte er an, ob es die Möglichkeit gab, die Anträge in den entsprechenden Ausschüssen zu behandeln und ob es noch andere Maßnahmen gab, die als förderwürdig angesehen worden sind.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde auf die knappe Zeitschiene verwiesen und darauf, dass es einen sehr kurzen Projektauftrag des Bundes gegeben habe.

Die Projekte seien nicht neu und wurden schon im vergangenen Jahr eingereicht und mit Beschluss des Haushaltsplanes 2015 aus Sicht der Verwaltung bestätigt.

Im Planungsausschuss im April habe er über den Aufruf des Bundes berichtet.

Bezüglich anderer Projekte habe die Verwaltung intern über die Neue Residenz auch mit dem Land als neuen Eigentümer diskutiert. Hier stelle sich aber noch die Frage nach dem Nutzungskonzept.

Ein weiteres Projekt wurde sehr kurzfristig gemeldet. Die Verwaltung wolle dies inhaltlich bearbeiten, um bei einem eventuellen Aufruf im Jahr 2016 mit diesem in die Antragstellung zu kommen.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Bartsch zu, der eine frühzeitige Beteiligung in den Planungsprozessen gefordert habe. Seiner Ansicht nach wäre genügend Zeit gewesen, im April 2015 nicht nur im Planungsausschuss, sondern auch im Stadtrat zu informieren.

Er wünsche sich künftig eine nachvollziehbare Einbindung des Stadtrates. Im vorliegenden Fall bestand keine Möglichkeit einer ernsthaften Diskussion.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass es positiv sei, an den beiden Projekten die notwendigen Sanierungen vornehmen zu können. Seine Fraktion hätte sich jedoch auch eine Vergleichbarkeit mit noch anderen Projekten, wie zum Beispiel der Moritzkirche, gewünscht.

Auch **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, kritisierte die Nichteinbindung der Stadträte im Vorfeld der Diskussion und fragte deshalb an, weshalb die Verwaltung nicht schon früher über den Projektauftrag informiert habe.

**Herr Beigeordneter Stäglin** nahm die Kritik an. Es müsse, wie bei ähnlichen Programmen auch, noch intensiver diskutiert werden. Er wies aber auch darauf hin, dass im Planungsausschuss die Information über den Aufruf des Bundes und die Vorbereitung der Projekte durch die Verwaltung gegeben und mit den Ausschussmitgliedern diskutiert wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte zukünftig eine Verbesserung der Verfahrensweise zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

1 Nein-Stimme

2 Enthaltungen

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Antragstellung zur Förderung von Investitionen im „Programm nationaler Projekte des Städtebaus 2015“ zu.

**zu 6.12 Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH**  
**Vorlage: VI/2015/00893**

---

**zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH" (Vorlage-Nr. VI/2015/00893)**  
**Vorlage: VI/2015/00928**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach, weshalb eine Beschlussfassung notwendig sei.

Seine Fraktion halte den Beschluss für überflüssig, da im Jahr 2013 bei einem gleichlautenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Geschäftsführer Stadtmarketing GmbH, Herr Voss, die Erstellung eines Tourismuskonzeptes in Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt bereits zusagte. Damals wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für erledigt erklärt.

Er fragte an, weshalb und mit welcher Zielstellung ein neuer Beschluss erforderlich ist und ob durch Herrn Voß dargestellt werden kann, wie eine Umsetzung erfolgen wird.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass der Antrag 2013 von ihrer Fraktion zwar als erledigt erklärt, der Beschluss jedoch noch nicht vollzogen wurde.

Den Änderungsantrag ihrer Fraktion begründete sie damit, dass das Tourismuskonzept dem noch einzurichtenden Beirat zur Vorberatung und Diskussion vorgelegt werden soll.

Dem stimmte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ausdrücklich zu.

Zu den Anfragen von Herrn Wolter machte er deutlich, dass parallel zum Wirtschaftskonzept der Stadt das Tourismuskonzept des Stadtmarketing vorgelegt werden soll.

Bezogen auf den Beschluss zur Einrichtung eines Beirates erklärte er, dass dies die Struktur der Gesellschaft des Stadtmarketings dadurch komplett verändern werde. Von daher müsse abgewartet werden, wie die Gesellschafterversammlung mit dem Beschluss umgeht.

**zu 6.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH" (Vorlage-Nr. VI/2015/00893)  
Vorlage: VI/2015/00928**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wird geändert, der in die nächste Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH einzubringende Antrag erhält folgende Fassung:

„Die Geschäftsführung wird beauftragt ein Tourismuskonzept zu erarbeiten und **dem noch einzurichtenden Beirat zur Vorberatung sowie der Gesellschafterversammlung** bis 30. Oktober 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

**zu 6.12 Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: VI/2015/00893**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**geänderter Beschluss:**

1. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, nachfolgenden Antrag in der nächsten Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zur Abstimmung zu bringen:  
„Die Geschäftsführung wird beauftragt ein Tourismuskonzept zu erarbeiten und **dem noch einzurichtenden Beirat zur Vorberatung sowie der Gesellschafterversammlung** bis 30. Oktober 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.“
2. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, bei der Beschlussfassung zum unter 1. aufgeführten Antrag in der Gesellschafterversammlung mit „Ja“ zu stimmen.

**zu 6.13 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen für den Betrieb von Wasser-  
spielanlagen  
Vorlage: VI/2015/00916**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach, weshalb die finanzielle Auswirkung als Einzahlung und gleichzeitig als Auszahlung beschrieben werde.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass die Spender teilweise bei ihrer Zuwendung angeben, für welchen Brunnen die Spende konkret verwendet werden soll. Aus diesem Grund stelle sich die Spende für die Verwaltung als durchlaufender Posten dar. In der Beschlussfassung werde demzufolge aufgezeigt, an welcher Stelle die Zuwendung abfließt.

**Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, merkte an, dass laut der Aussage von Herrn Beigeordneten Stäglin im Ordnungsausschuss der Frauenbrunnen täglich von 11 bis 20 Uhr in Betrieb sei. Sie fragte an, ob mit der jetzt kommenden Spende für diesen Brunnen ein anderer Brunnen in Betrieb genommen werden kann.

Des Weiteren bat sie um eine eindeutige Definition zum Bunabrunnen und fragte nach, ob es sich dabei um den Brunnen am Rosengarten bzw. den Chemiebrunnen handeln würde. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass es an diesem Brunnen massive Schäden am Brunnenbecken nach Vandalismus gab und nach ihren Recherchen zurzeit an diesem gearbeitet werde. Sie fragte an, ob die Arbeiten mit den Spenden zu tun hätten.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, machte deutlich, dass es sich bei dem von Frau Krischok angesprochenen Brunnen um den Brunnen in der Merseburger Straße im Bereich der Bestände der BWG handelt, welcher als Bunabrunnen bzw. Chemiebrunnen bezeichnet werde. Die Darstellung in der Übersicht wurde diesbezüglich korrigiert.

Beim Frauenbrunnen war die Spende bereits avisiert und somit schon in der Übersicht dargestellt worden und bringe deshalb keine zusätzliche Betriebszeit des Brunnens.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass es sich bei der Spende für den Frauenbrunnen um die Spende eines städtischen Unternehmens handelt. Damit übernehme das Unternehmen eine freiwillige Aufgabe der Stadt. Seiner Ansicht nach entstehe an dieser Stelle ein „Schattenhaushalt“. In Zukunft sollte darauf geachtet werden, dass die Stadt die Aufgaben, für die sie zuständig sei, auch übernehmen kann.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von Zuwendungen in Höhe von

1. 5.000,00 Euro für den Betrieb des Buna-Brunnens in der Saison 2015  
PSP 1.55105
2. 6.000,00 Euro für den Betrieb des Frauenbrunnens in der Saison 2015  
PSP 1.55105

## zu 7      Wiedervorlage

---

### zu 7.1      **Antrag der Fraktionen CDU/FDP, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg** **Vorlage: VI/2015/00666**

---

Dem Vorschlag von **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zur gemeinsamen Diskussion der TOP 7.1 und TOP 7.2 stimmte **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, zu.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, machte deutlich, dass inhaltlich schon alles zu diesem Thema gesagt wurde. Es liege bereits ein Vertrag mit der Moritzburg vor, welcher seit Jahren nicht erfüllt wird.

Sie bat um Zustimmung des Antrages, um damit eine klare Positionierung zur Moritzburg darzustellen.

Durch **Frau Dr. Brock** wurde auf den Antrag im TOP 7.2 verwiesen. Sie machte darauf aufmerksam, dass es zwei Vertragspartner in der Vereinbarung gibt, die so nicht mehr vorhanden sind. Deshalb wäre es sinnvoller, mit der gegenwärtigen Stiftung und dem jetzigen Oberbürgermeister eine gemeinsame Lösung zu finden.

**Frau Dr. Brock** zeigte sich überrascht darüber, dass der Hauptausschuss das Thema für erledigt erklärt habe, auch wenn der Oberbürgermeister bereits jetzt in Verhandlungen getreten ist.

Mit dem Antrag ihrer Fraktion soll beschlossen werden, dass der Vertragsentwurf dem Stadtrat zur Diskussion vorgelegt wird.

Ihre Fraktion wünsche sich Verhandlungen mit neuen Unterschriften und mit aktuellen Personen. Aus diesem Grund bat sie um Zustimmung des Antrages ihrer Fraktion.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, begrüßte die Verhandlungen der Stadt mit dem Land. Da die Verwaltung angekündigt habe, das Verhandlungsergebnis vorzulegen, sei aus der Sicht seiner Fraktion der Antrag im TOP 7.2 erledigt.

Der Auftrag im Antrag unter dem TOP 7.1 bilde die Legitimationsgrundlage für das weitere Handeln der Verwaltung.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, erklärte, die Ausführungen von Herrn Krause für nicht nachvollziehbar.

Wenn die Verwaltung im September einem neuen Vertragstext vorlegt, müsse das unter TOP 7.1 Beschlossene wieder aufgehoben werden.

Deshalb sei es günstiger, TOP 7.2 zu beschließen und zu bestätigen. Und wenn im September die Verwaltung neue Ergebnisse der Vertragsverhandlungen vorlegt, könne, wenn diese nicht beschlussreif sind, immer noch der Antrag zum TOP 7.1 beschlossen werden.

**Herr Dr. Meerheim** bat darum, dem Antrag im TOP 7.2 zuzustimmen.

Des Weiteren erinnerte er daran, dass im Rahmen der Theaterfinanzierung für die Kultureinrichtungen der Stadt Halle Finanzmittel in Höhe von mehreren Millionen Euro durch das Land Sachsen-Anhalt gestrichen worden sind.

Die Moritzburg, als Einrichtung des Landes, befinde sich auf dem Territorium der Stadt Halle und über einen Vertrag sei die Stadt in der Pflicht, finanzielle Unterstützung zu leisten. Allerdings müsse man auch zur Kenntnis nehmen, dass vertraglich die Regelung getroffen wurde, „im Rahmen der möglichen finanziellen Haushaltsmittel“, die Gelder an die Moritzburg abzuführen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass diese über die normalen Pflichtaufgaben hinaus, zur Verfügung stehen müssen.

**Herr Dr. Meerheim** machte weiter darauf aufmerksam, dass mit einer Beschlussfassung zur Einstellung von 130.000 Euro im Haushalt 2016 noch nicht geklärt sei, woher das Geld kommen soll und ein Ausgleich nicht nur im Ergebnis-, sondern auch im Finanzhaushalt erbracht werden muss.

Aus diesem Grund schlug er vor, mit dem Antrag zum TOP 7.1 abzuwarten. Wenn im September von der Verwaltung nichts vorgelegt werde, könne der Beschluss im Rahmen der Haushaltsdiskussion neu auf die Tagesordnung zur Diskussion gesetzt werden. Bis dahin müsse die Verwaltung die Chance erhalten, ein neues Verhandlungsergebnis vorlegen zu können.

Ergänzend plädierte **Frau Dr. Brock** dafür, dass die Stadträte am neu verhandelten Vertrag beteiligt werden, bevor dieser zur Unterschrift kommt.

Des Weiteren begründete sie die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag im TOP 7.1 mit dem Bekenntnis zu einer eigenen Haushaltsstelle, womit verhindert wird, dass die Mittel zur freien Unterstützung der Kunst und Kultur in der Stadt gekürzt werden.

Wenn die Möglichkeit einer eigenen Haushaltsstelle besteht und es nicht zur Kürzung der allgemeinen Kulturfördermittel kommt, könne dem Antrag zugestimmt werden.

Bezogen auf den Antrag im TOP 7.1 machte **Herr Krause** darauf aufmerksam, dass dieser den Inhalt des bestehenden, freiwillig geschlossenen Vertrages der Stadt mit dem Land beinhalte und die Verhandlungsgrundlage darstellen soll.

Dem Grunde nach hätte die Stadt den festgesetzten Betrag schon in den letzten vier Jahren zur Verfügung stellen müssen, was nachträglich in Verhandlungen zu klären wäre. Er unterstütze die Vorgehensweise der Verwaltung, sich mit dem Land zum rückwirkenden Betrag und zu den zukünftigen Leistungen zu verständigen.

Durch **Frau Ernst, Büroleiterin**, wurde ergänzt, dass die rückliegenden Jahre in die Verhandlungen mit den Vertragspartnern einfließen und eine Gesamtlösung angestrebt wird.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, verwies auf den aktuell gültigen Vertrag, in welchem sich die Stadt verpflichtet habe, die Mitfinanzierungsleistungen zu erbringen. Dementsprechend sei dies in den Haushaltsplanungen 2016 zu berücksichtigen.

Sollte es durch die Verwaltung möglich sein, im Zuge der Verhandlungen ein anderes Ergebnis mit der Moritzburg zu erzielen, würde dies auch akzeptiert werden.

Auf die Nachfrage von **Frau Ernst**, ob der Antrag zurückgezogen bzw. für erledigt erklärt wird, wenn die Vereinbarungen entsprechend getroffen sind, verwies **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, auf den Beschlusstext mit der Formulierung „den vereinbarten Vertrag“ und sich der Antrag demzufolge auf den vereinbarten Vertrag bezieht.

Da der Oberbürgermeister erklärt habe, weit über den Antrag hinaus handeln zu wollen und die jetzt bestehenden Probleme, neue Modalitäten, Rechte, Pflichten und Verhältnisse berücksichtigt werden sollen, habe der Hauptausschuss das Begehren des Antrages im TOP 7.2 für erledigt erklärt.

Mit der Beschlussfassung im TOP 7.1 sei eine Berücksichtigung in der Haushaltsplanung 2016 vorgesehen und aus diesem Grund halte er die weitere Diskussion für nicht zielführend. Die Vorlageerklärung sei ausreichend.

**Herr Dr. Meerheim** widersprach den Ausführungen von Herrn Wolter.

Wenn laut Vertrag, die 130.000 Euro nur unter dem Haushaltsvorbehalt verfügbarer Mittel zur Verfügung gestellt werden können, müsse die Stadt schauen, wieviel Mittel, abgesehen von den eigenen Leistungen, die pflichtgemäß zu erfüllen sind, übrig bleiben.

Wenn alle Kosten bleiben wie im Jahr 2015 und keine anderen Leistungen gestrichen werden, hätte man keine Möglichkeit, finanzielle Mittel für die Moritzburg zur Verfügung zu stellen.

Aus diesem Grund bat er darum, die Verhandlungen des Oberbürgermeisters mit dem Land abzuwarten.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zeigte sich erfreut über die Verhandlungen der Stadt mit dem Land über die künftige Finanzierung der Moritzburg.

Wichtig im Antrag seiner Fraktion sei die abschließende Vorstellung des Verhandlungsergebnisses im Stadtrat und dessen Beschlussfassung.

Er bat um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion, auch wenn sich ein Teil davon schon in der Umsetzung befindet.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte noch einmal deutlich, dass eine Änderung des Vertrages selbstverständlich im Stadtrat beraten, diskutiert und beschlossen werde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Verwaltungsspitze wird beauftragt, den zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle vereinbarten Vertrag zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg in Höhe von 130T€ umzusetzen und im Haushalt **ab** 2016 mit **eigener Haushaltsstelle** darzustellen.

**zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg  
Vorlage: VI/2015/00710**

---

zu 7.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00710)**  
Vorlage: VI/2015/00889

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

zu 7.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg (Vorlagen-Nr.: VI/2015/00710)**  
Vorlage: VI/2015/00889

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
25 Ja-Stimmen  
24 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird um einen Satz ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Land Sachsen-Anhalt neue Verhandlungen über eine städtische Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg Halle (Saale) mit dem Ziel zu realisieren, eine Abänderung des seit dem 01.01.2010 bestehenden Vertrages zu erwirken.

**Im Zusammenwirken mit den künstlerischen Verbänden und Institutionen werden die Interessen der halleschen bildenden Künstler geeignet berücksichtigt.**

Eine Beschlussfassung über einen neuen Vertragstext erfolgt in der Stadtratssitzung am 30.09.2015 mit Wirkung zum 01.01.2016.

zu 7.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg**  
Vorlage: VI/2015/00710

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
23 Ja-Stimmen  
22 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

**geänderter Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Land Sachsen-Anhalt neue Verhandlungen über eine städtische Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg Halle (Saale) mit dem Ziel zu realisieren, eine Abänderung des seit dem 01.01.2010 bestehenden Vertrages zu erwirken.



Im Finanzausschuss habe es eine Diskussion dahingehend gegeben, die Zahl herauszunehmen und die Vorlage abzuwarten. Diese soll dann als Grundlage für die Haushaltsberatungen genommen werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
1 Nein-Stimme

**geänderter Beschluss:**

~~Für die Finanzierung von neuen künstlerischen Vorhaben an geeigneten Standorten im Stadtgebiet sowie die Pflege und Instandsetzung des Bestandes von Kunstwerken im öffentlichen Raum werden ab dem Haushaltsjahr 2016 Finanzmittel in Höhe von 1,5 % der jährlichen städtischen Hochbaukosten in den städtischen Haushalt eingestellt.~~ Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Beratung in den Stadtratsgremien im Juni **September** 2015 eine Richtlinie zur Förderung **und Finanzierung** von „Kunst im öffentlichen Raum“ **für eine Umsetzung zum Haushalt 2016** zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 8.1 Antrag der Fraktionen CDU/FDP und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur frühzeitigen Beteiligung des Stadtrates an Planungsprozessen  
Vorlage: VI/2015/00877**

---

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, begründete den Antrag damit, dass die Fraktionen zu einem früheren Zeitpunkt in Planungsprozesse einbezogen werden sollen. Des Weiteren gehe es darum, im Vorfeld Eckpunkte zu besprechen und zu beschließen.

Zur weiteren inhaltlichen Diskussion verwies er den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Stadtentwicklung und in den Planungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
in den  
**Ausschuss für Stadtentwicklung**  
sowie in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung oder der Ausschuss für Planungsangelegenheiten wird künftig in die Konzeption und die Vorbereitung von Planungsprozessen städtischer Hoch- und Tiefbaumaßnahmen einbezogen. In Zukunft werden dem Stadtrat vor Ausarbeitung und Vorlage konkreter Ausführungsplanungen Beschlussvorlagen mit Eckpunkten der Planung zur Bestätigung vorgelegt.*

**zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung eines professionellen Fahrradverleihsystems in Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00855**

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, informierte darüber, dass mit dem Antrag die Verwaltung die Möglichkeit für Gäste und Hallenser prüfen soll, Fahrräder an einem bestimmten Punkt der Stadt zu entleihen bzw. an anderen bestimmten Punkten wieder zurückzugeben. Das System habe sich schon in anderen Städten gut bewährt und die Stadt könnte damit ein neues Angebot für Touristen schaffen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum Oktober 2015 zu prüfen, wie die Einrichtung eines einheitlichen, professionellen, leicht nutzbaren Fahrradverleihsystems in Halle (Saale) unterstützt werden kann.

**zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen  
Vorlage: VI/2015/00863**

---

Durch **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde der Antrag damit begründet, dass die BMA auf Grundlage der Beschlusslage der SPD/CDU-Bundesregierung ermittelt habe, wie sich der Frauenanteil in städtischen Unternehmen zusammensetzt.

Ihrer Ansicht nach könne in Halle eine gemeinschaftliche Perspektive dahingehend geschaffen werden, auch wenn man mit dem Vorschlag hinter der Richtlinie des Landes liege, welche im Frauenförderungsgesetz die Besetzung der Gremien durch Frauen mit einer Quote von 50 % fordere.

In Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung verwies sie darauf, dass durch die Verwaltung ebenfalls Mitglieder in Aufsichtsräte entsendet werden und deshalb eine Mitwirkung möglich sei.

Sie plädierte für den Antrag und wünschte sich eine Selbstverpflichtung des Stadtrates zu diesem Thema.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass der Antrag nach der Sommerpause besser aufgestellt gewesen wäre, da gerade in den kommunalen Unternehmen diesbezüglich Untersuchungen zur rechtlichen und tatsächlichen Situation der Besetzung angestellt werden.

Um alle rechtlichen Fragen in diesem Zusammenhang klären und diskutieren zu können, verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, machte darauf aufmerksam, dass auch im Stadtrat der Frauenanteil nicht überwiegt, obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Halle Frauen sind. Jedoch könne am Beispiel seiner Fraktion ein höherer Frauenanteil festgestellt werden.

Im Weiteren wies er auf ein kommunalrechtliches Problem hin, was im Hauptausschuss besprochen werden sollte. Durch den unterschiedlichen Frauenanteil in den Fraktionen sei es schwierig, die geforderte Quote einzuhalten.

Da nicht zwingend Aufsichtsratsmitglieder Stadträte sein müssen, sei vorstellbar, dass Vorschläge der Fraktionen bei der Besetzung von Aufsichtsräten quotiert sein sollten.

Durch **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde auf das Problem hingewiesen, dass im Stadtrat nur 27 % Frauen sitzen, welche durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt worden sind. Aus seiner Sicht sei schon aus diesem Grund die geforderte Quotenregelung nicht möglich.

Es könne deshalb nur bei einem Appell an die Fraktionen bleiben.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

sowie in den  
**Hauptausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadt Halle erreicht innerhalb der nächsten 5 Jahre in ihren Beteiligungsunternehmen eine Quote von mindestens 30 % Frauen in den jeweiligen Aufsichtsgremien.*

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur mehrjährigen Förderung im Bereich Jugendhilfe  
Vorlage: VI/2015/00864**

---

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt, ob der Zuschuss an die freien Träger der Jugendhilfe in Form einer mehrjährigen Leistungsvereinbarung ausgereicht werden kann. Sie bat um Unterstützung des Antrages.

Im gleichen Zusammenhang wies sie darauf hin, dass ihre Fraktion auch für weitere Bereiche, wie z. B. die Suchthilfe, diesbezüglich Anträge stellen wird, um eine Arbeits-erleichterung für die freien Träger und auch für die Stadtverwaltung zu erreichen.

Durch **Herrn Dr. Wend, SPD-Fraktion**, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass man sich bei einer langjährigen Planung auch langjährig festlege. Trotzdem werde der Antrag durch seine Fraktion unterstützt.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, wie der Zuschuss an die freien Träger der Jugendhilfe im Bereich Angebote im Sozialraum/sozialraumübergreifende Angebote (vgl. § 4 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Angeboten der Jugendhilfe) über die Förderrichtlinie in Form einer mehrjährigen Leistungsvereinbarung ausgereicht werden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Jugendhilfeausschuss und dem Stadtrat spätestens im Juli 2015 vorzulegen.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße  
Vorlage: VI/2015/00865**

---

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße  
Vorlage: VI/2015/00927**

---

**Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, begründete den Antrag mit dem Erhalt der öffentlichen Grünfläche in der Schopenhauer Straße. Dazu werde die Änderung des Flächennutzungsplanes angestrebt.

Aus der Sicht ihrer Fraktion sei es auch nicht sinnvoll, eine Ausgleichsfläche, beispielsweise in der Albert-Schweitzer-Straße, bereitzustellen, da dies außerhalb des Wohngebietes der Kinder und Familien liege, die Spielflächen benötigen.

Sie bat um Unterstützung des Antrages.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, stellte fest, dass der Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, keinen Raum biete, wenn an diesem Standort etwas gestaltet werden soll.

Er warb für den Änderungsantrag seiner Fraktion, um dort einen vernünftigen Kompromiss zu finden. Bei einer Neugestaltung sei es nicht immer möglich, wesentliche Teile zu erhalten. Ein „Totalverbot“ für Investoren halte er nicht für sinnvoll. Besser wäre es, eine gute Kompromisslösung zu finden, um wesentliche Teile zur Erholung zu erhalten, aber auch den Neubau, mit eventuellen Zusätzen für den Investor, zu ermöglichen.

**Herr Dr. Wend** warb für den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Durch **Herrn Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde darauf hingewiesen, dass auch im Sinne des Investors klare Festlegungen getroffen werden müssen.

Dazu gehöre die Festlegung einer Grünfläche in dem betreffenden Areal, was im Flächennutzungsplan festgeschrieben werden soll.

Aus diesem Grund bat er um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion.

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag zur weiteren Diskussion in den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte an, ob mit dem Vorgang eine Frist verbunden ist, welche mit der Verweisung in die Ausschüsse zu beachten sei.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde deutlich gemacht, dass die Verwaltung bei einer Eilbedürftigkeit die Gremien beteiligen würde. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er keine Aussage dazu machen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte nach, ob laut der Zuständigkeitsordnung der Antrag seiner Fraktion nachvollziehbar wäre. Wenn ja, bat er darum, die Verweisung nicht zuzulassen.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, machte darauf aufmerksam, dass für gewöhnlich der jeweilige Ausschuss über seine Zuständigkeit entscheidet. Im vorliegenden Fall gehe es um die Neuaufstellung oder Fortschreibung von Flächennutzungsplänen.

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße**  
Vorlage: VI/2015/00927

---

**Abstimmungsergebnis:** verwiesen

durch den Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
in den  
**Ausschuss für Stadtentwicklung**  
sowie in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Die Stadt Halle verkauft die Flächen westlich des derzeitigen Jugendamtes in der Schopenhauerstraße nur unter der Bedingung, dass diese **zu substanziellen Teilen** auch weiterhin als öffentlich zugängliche Grünanlage **Grünfläche** erhalten bleiben.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **mit dem Käufer eine Vereinbarung zu erzielen, die diesem eine sinnvolle Investition ermöglicht und gleichzeitig den Charakter der öffentlich zugänglichen Grünfläche bewahrt. Dabei verlorengelassene Spielfläche soll an anderer Stelle im Stadtteil kompensiert werden. Diese Vereinbarung ist dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen.** ~~ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Ziel einzuleiten, die betreffenden Flächen als Grünflächen mit Versorgungscharakter festzuschreiben.~~*

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung von Verkaufsbedingungen für öffentliche Grünflächen in der Schopenhauerstraße  
Vorlage: VI/2015/00865**

---

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch den Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
in den  
**Ausschuss für Stadtentwicklung**  
sowie in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Stadt Halle verkauft die Flächen westlich des derzeitigen Jugendamtes in der Schopenhauer Straße nur unter der Bedingung, dass diese auch weiterhin als öffentlich zugängliche Grünanlage erhalten bleiben.*
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Ziel einzuleiten, die betreffenden Flächen als Grünflächen mit Versorgungscharakter festzuschreiben.*

**zu 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss  
Vorlage: VI/2015/00867**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Herr Torsten Bau scheidet als sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss aus.

Herr Daniel Rumpold wird als sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen  
Vorlage: VI/2015/00881**

---

zu 8.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen (Vorlage VI/2015/00881)**  
Vorlage: VI/2015/00932

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass die Hinweise von Frau Beigeordnete Dr. Marquardt im Antrag seiner Fraktion aufgenommen worden sind.

Durch **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde darauf hingewiesen, dass der Beschlusspunkt 1 mit dem Vorschlag im Änderungsantrag ihrer Fraktion ergänzt werden soll.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, bat um eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

zu 8.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen (Vorlage VI/2015/00881)**  
Vorlage: VI/2015/00932

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Beschlusspunkt 1. des Beschlussvorschlages wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

1. die neuen Fördermöglichkeiten und Rahmenbedingungen aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) für energetische Sanierung von Kulturstätten **und dem Programm zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen (Kulturerbe) im Rahmen von Stadtentwicklungskonzepten** für die Stadt Halle (Saale) zu prüfen.

zu 8.7 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Prioritätenliste zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen**  
Vorlage: VI/2015/00881

---

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Einzelpunkt abstimmung</b>
Pkt. 1	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Pkt. 2	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Pkt. 3	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>

### geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. die neuen Fördermöglichkeiten und Rahmenbedingungen aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) für energetische Sanierung von Kulturstätten **und dem Programm zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen (Kulturerbe) im Rahmen von Stadtentwicklungskonzepten** für die Stadt Halle (Saale) zu prüfen.
2. die relevanten Akteure der Kulturstätten mit Hilfe von Beratung zu Fördermodalitäten und Antragerstellung zu unterstützen und
3. dem Stadtrat kurzfristig eine priorisierte Liste der Kultureinrichtungen mit energetischem Sanierungsbedarf in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Dabei sind sowohl städtische Einrichtungen bzw. Gebäude als auch Einrichtungen der freien Kulturszene aufzuführen.

### **zu 8.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Absicherung der Schulentwicklungsplanung Vorlage: VI/2015/00925**

---

**Herr Senius, SPD-Fraktion,** begründete den Antrag mit der Sorge um die Realisierung der baulichen Ertüchtigung der Schulgebäude, Turnhallen und Kitas. Diese befänden sich teilweise in einem sehr schlechten Zustand und häufig könnten Schulgebäude nur eingeschränkt genutzt werden.

Die Finanzierung der Sanierung soll insbesondere unter Nutzung der STARK III-Fördermittel erfolgen. Halle hat nicht nur eine sehr umfassende Liste der zur energetischen Sanierung anstehenden Schulgebäude vorgelegt, sondern auch eine hohe Förderprogrammhöhe.

Es zeichnet sich ab, dass die Stadt nicht uneingeschränkt damit rechnen könne, alle beantragten Fördermittel, welche im Rahmen der STARK III-Mittelprogrammförderung beantragt wurden, zu erhalten.

Aus diesem Grund sei es erforderlich, sich frühzeitig Gedanken über Alternativen zu machen. Dies erfordert, Gebäude, die in die STARK III-Mittelbeantragung einbezogen wurden, unter dem Aspekt der schulischen Nutzbarkeit und Notwendigkeit der Ertüchtigung zu priorisieren. Ebenso sollte frühzeitig, vor Beginn der Haushaltsberatungen, über alternative Finanzierungen nachgedacht werden.

Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag soll die Verwaltung mit der Prüfung alternativer Möglichkeiten beauftragt werden.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** stimmte den Ausführungen von Herrn Senius zu. Man müsse sich Gedanken darüber machen, dass die Sanierung der Schulbauten ein wichtiger Schwerpunkt in der Haushaltsplanung 2016 sein muss.

Sie bat die Verwaltung und auch die Fraktionen, dies in der Diskussion zur Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion,** sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Zustimmung zum Antrag aus.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie voraussichtlich nicht über das Stark III-Programm förderfähige, aber für die Absicherung der durch den Stadtrat beschlossenen Schulentwicklungsplanung notwendige Investitionsmaßnahmen alternativ umgesetzt werden können.
2. Über die Ergebnisse der Prüfung und eine Prioritätensetzung wird in der Sitzung des Stadtrates am 24. Juni 2015 informiert.

**zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Beseitigung der Hochwasserschäden auf der Pferderennbahn Passendorfer Wiesen  
Vorlage: VI/2015/00883**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Stellenplan  
Vorlage: VI/2015/00886**

---

Die Anfrage wird im Juni 2015 von der Verwaltung beantwortet.

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, zeigte sich irritiert von der Verweisung der Antwort der Verwaltung auf die Junisitzung. Seiner Ansicht nach wurde nach einer gängigen Darstellung zum Stellenplan angefragt. Ebenso hätte der Punkt 2 der Anfrage schon beantwortet werden können.

Er bat die Verwaltung darum, zukünftig bei Anfragen mit mehreren Punkten, mögliche Antworten frühzeitiger zu geben.

**zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Beseitigung von nicht mehr fahrtauglichen Fahrrädern  
Vorlage: VI/2015/00873**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, stellte fest, dass seine Anfrage zur Anzahl von Schrottfahrrädern im Stadtgebiet sehr kurz beantwortet worden ist. Er fragte an, ob er eine erneute Anfrage dazu stellen müsse.

Des Weiteren bat er um eine umfangreichere Darstellung zur Anzahl der Fahrräder, wie die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht wird und wie diese beseitigt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass mit der Recherche durch die Verwaltung 40 Fahrräder festgestellt wurden. Pro Woche stelle man ca. ein Schrottfahrrad fest, das vom Ordnungsamt beseitigt wird.

**zu 9.4      Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens  
Vorlage: VI/2015/00802**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Werbenutzungsvertrag der Stadt Halle (Saale)**

---

*Die Beantwortung erfolgt im nicht öffentlichen Teil.*

**zu 9.6      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der "Fortschreibung des Bibliothekskonzepts der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2014 - 2018" - hier Personal  
Vorlage: VI/2015/00853**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7      Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung der "Fortschreibung des Bibliothekskonzepts der Stadtbibliothek Halle (Saale)" - hier: Konzept  
Vorlage: VI/2015/00854**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage der Fraktionen SPD, CDU/FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum  
Breitbandausbau  
Vorlage: VI/2015/00866**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung des  
Zustandes der Wege in der Dölauer Heide  
Vorlage: VI/2015/00851**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10     Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsangebot in der  
Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2015/00869**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde auf Juni 2015 vertagt.

**zu 9.11     Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum 25. Jahrestag der  
deutschen Wiedervereinigung  
Vorlage: VI/2015/00878**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde auf Juni 2015 vertagt.

**zu 9.12     Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Nachfolgeprogramm  
Bürgerarbeit  
Vorlage: VI/2015/00879**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Ergänzend bat **Herr Krause, SPD-Fraktion**, um weitere Berichterstattungen nach Anlaufen des Nachfolgeprogramms Bürgerarbeit.

**zu 9.13     Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Baulücke „Spitze“  
Vorlage: VI/2015/00882**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14    Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf zur Robert-Koch-Schwimmhalle  
Vorlage: VI/2015/00833**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15    Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur  
Verkehrsberuhigung auf dem Universitätsring  
Vorlage: VI/2015/00849**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Baugenehmigung für  
den Golfplatz am Hufeisensee  
Vorlage: VI/2015/00788**

---

Bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung fragte **Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, nach, wann voraussichtlich die Fertigstellung der Ersatzlebensräume für Zauneidechsen geplant ist.

Des Weiteren bat er um nähere Erläuterungen zum Zeitplan der Bebauung des Geländes mit einem Golfplatz.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine schriftliche Beantwortung zur Präzisierung der Zeitkette in Rückkopplung mit dem Antragsteller, bezogen auf die Maßnahme und den letzten Stand der Investitionstätigkeiten zu.

**zu 9.17    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Girls' & Boys' Day  
Vorlage: VI/2015/00862**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Öffnung des  
Mühlgrabens für Paddelboote  
Vorlage: VI/2015/00868**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im September 2015.

**Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach, warum die Antwort der Verwaltung erst im September erfolgen wird.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies darauf, dass noch nicht alle Gespräche geführt worden sind und die Priorität des Arbeitsbereiches, welcher das Thema bearbeitet, momentan auf der Bearbeitung der Fluthilfeprojekte liege.

Die Anfrage von **Frau Bohm-Eisenbrandt** bezüglich einer früheren Teilantwort zum Punkt 3 wurde durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** zugesagt.

**zu 9.19**    **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand der Bewilligung von Städtebaufördermitteln im Jahr 2014**  
**Vorlage: VI/2015/00870**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.20**    **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Verkehrserhebung SrV 2013 für die Stadt Halle**  
**Vorlage: VI/2015/00871**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.21**    **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radverkehr in der Bernburger Straße**  
**Vorlage: VI/2015/00872**

---

Die Beantwortung erfolgt im Juni 2015.

**zu 9.22**    **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Nutrias im Stadtgebiet der Stadt Halle**  
**Vorlage: VI/2015/00874**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.23**    **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtbad**  
**Vorlage: VI/2015/00876**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.24    Anfrage der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur  
Tourismuskonzeption für die Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00884**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Die Bitte von **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zur Bereitstellung der in der Antwort der Verwaltung aufgeführten Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus 2012 für die Stadt Halle (Saale)“ wurde durch die Verwaltung zugesagt.

**zu 9.25    Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Vereins-  
nutzung von Schulturnhallen  
Vorlage: VI/2015/00857**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.26    Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bewerbung  
und Vermarktung des Roten Turms und Stadtmuseums  
Vorlage: VI/2015/00858**

---

Die Beantwortung durch die Verwaltung erfolgt im Juni 2015.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, regte an, die derzeitige Verfahrensweise mit allen Beteiligten zu hinterfragen.

Herr Voss, Geschäftsführer Stadtmarketing GmbH, habe darüber berichtet, dass das Stadtmarketing keinen Zugriff mehr auf den Roten Turm habe und Besichtigungen nur noch über das Stadtmuseum durchgeführt werden.

**Herr Häder** schlug vor, wie bei den Hausmannstürmen, Führungen vom Stadtmuseum und auch über das Stadtmarketing zu ermöglichen.

**zu 9.27    Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherheit  
von Eingangstüren an Grundschulen  
Vorlage: VI/2015/00859**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Juni 2015.

**zu 9.28    Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu  
Marketingstrategien im Zusammenhang mit der neuen Jugendherberge  
Vorlage: VI/2015/00779**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Bezugnehmend darauf merkte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, dass sie nicht zufriedenstellend sei.

Obwohl die Beantwortung wegen umfangreicher Recherchen durch die Verwaltung schon um einen Monat verschoben wurde, habe es keine befriedigende Stellungnahme gegeben.

Er warb dafür, weitere Möglichkeiten der Jugendherberge in die Überlegungen zur Vermarktung einzubeziehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** nahm die Anregung von Herrn Häder auf.

Wie schon in der Antwort der Verwaltung dargestellt, arbeite die Stadtmarketing GmbH an weiteren Vermarktungsmöglichkeiten.

**zu 9.29**     **Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Prüfung des Artenschutzes zum Bauvorhaben auf dem Gelände des ehemaligen Regierungspräsidiums der HGWS im Paulusviertel**  
**Vorlage: VI/2015/00860**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.30**     **Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch zu Demonstrationen im Stadtteil Silberhöhe**  
**Vorlage: VI/2015/00821**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.31**     **Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch zur Demonstration vor dem Gesundheitszentrum im Stadtteil Silberhöhe am 22.03.2015**  
**Vorlage: VI/2015/00822**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10**       **Mitteilungen**

---

**zu 10.1**     **Quartalsbericht IV/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG**  
**Vorlage: VI/2015/00648**

---

Der Quartalsbericht IV/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Optimierung der Verwaltungsstandorte - Neubau eines Verwaltungsstandortes am Riebeckplatz – Analyse**  
**Vorlage: VI/2015/00846**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**zu 11.1 mdl. Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Alexander von Humboldt-Professur**

---

**Herr Dr. Diaby** informierte darüber, dass es mit der Verleihung der Alexander von Humboldt-Professur an Frau Elisabeth Cécultot die zweite Professur in Halle an der Martin-Luther-Universität gäbe. Dies sei ein Alleinstellungsmerkmal für die Universität.

Er fragte an, weshalb bei der offiziellen Verleihung der Professur kein Vertreter der Stadt anwesend war und welche Gründe es für die Abwesenheit gegeben habe.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde mitgeteilt, dass der Stadt keine Einladung vorlag.

Auf weitere Nachfrage von **Herrn Dr. Diaby** nach Plänen der Verwaltung, die Professuren marketing- und werbetechnisch für die Stadt zu nutzen, teilte **Frau Ernst, Büroleiterin**, mit, dass bei jeder Gelegenheit auf die renommierten Persönlichkeiten bzw. Wissenschaftler in der Stadt hingewiesen werde.

Die Stadt befinde sich auch in Kontakt und Gesprächen mit Herrn Prof. Stuart Parkin, Direktor des Max-Planck-Institutes. Ein Treffen sei bereits geplant.

**zu 11.2 mdl. Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Bränden im Schlachthof**

---

Bezugnehmend auf die zwei Brände auf dem Gebiet des alten Schlachthofes in der Freimfelder Straße fragte **Herr Dr. Diaby** an, ob gesundheitliche Belastungen für die Anwohner bekannt und gemeldet worden sind und ob die Stadt besondere Maßnahmen plant, die über die angekündigte erhöhte Überwachung durch die Bahn und die Polizei hinaus gehen.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde mitgeteilt, dass keine gesundheitlichen Schäden angezeigt wurden. Das Gelände werde teils von der Strabag genutzt und abgesichert, für das Gelände selbst gäbe es einen Wachschatz.

Weiterhin befinde sich die Verwaltung in der Diskussion mit der Strabag, das Gelände weiträumig abzusichern.

### **zu 11.3 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum alten Planetarium**

---

**Herr Dr. Meerheim** bezog sich auf die Antwort auf eine Einwohnerfrage zum Peißnitzhaus, in welcher Herr Oberbürgermeister darstellte, dass die Verwaltung eine Anfrage bei der Fördermittelstelle bezüglich einer möglichen Nachnutzung des Gebäudes des alten Planetariums ohne Gefährdung der Fördermittel für einen Neubau gestellt habe.

In diesem Zusammenhang fragte er an, ob eine Möglichkeit gesehen wird, bis zur Antwort des Fördermittelgebers die Ausschreibung für die Abrissleistungen ruhen zu lassen.

Er machte weiter darauf aufmerksam, dass es bei Bestätigung einer Nachnutzung möglich wäre, durch den Stadtrat einen Beschluss zum Verkauf des Gebäudes herbeizuführen. Vom Peißnitzhaus e. V. habe es diesbezüglich des Ankaufs Signale gegeben. Sie würden aber auch die Entscheidung der Fördermittelstelle akzeptieren, wenn eine Nachnutzung nicht möglich ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass das Gebäude momentan bauordnungsrechtlich nicht nutzbar sei und der Antrag auf Fördermittel aus diesem Grund gestellt wurde.

Er habe aber keine Probleme damit, mit der Ausschreibung für die Abrissleistungen bis zur Antwort des Landesverwaltungsamtes als Fördermittelgeber zu warten.

### **zu 11.4 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Moritzkirche**

---

**Herr Dr. Meerheim** informierte über ein Schreiben der Mauritiuspfarrei an die Fraktionen, bezüglich des Zustandes der Moritzkirche. Er fragte an, ob es Kontakte zum Kirchenvorstand der Pfarrei gäbe und ob die Stadt gedenke, ähnlich wie bei der Marktkirche, unterstützend bei Fördermittelanträgen zu wirken.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte mit, dass die Kirche im Blickfeld beim Thema Städtebauförderprioritäten steht. Die Diskussion dazu steht auf der Tagesordnung des nächsten Stadtentwicklungsausschusses.

Die Pfarrei habe im letzten Jahr auch schon einmal wegen Städtebaufördermitteln nachgefragt. Für die Denkmalschutzförderung wäre es ein Erfordernis, dies auf die rote Liste bedrohter Baudenkmale zu setzen. Da hier nicht die Stadt die zuständige Denkmalschutzbehörde ist, muss nochmal nachgefragt werden.

Der Brief der Pfarrei war für ihn Anlass, bei seinen Kollegen nach dem Stand des Verfahrens zu fragen. Eine Antwort liege noch nicht vor.

**zu 11.5 mdl. Anfrage Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Passendorfer Damm**

---

**Herr Knöchel** bezog sich auf die Ausführungen im Bericht des Oberbürgermeisters zu den Planungen am Gimritzer Damm.

In diesem Zusammenhang fragte er an, wie der aktuelle Sachstand zum Passendorfer Damm ist und welche Aussagen es vom Landesbetrieb für Hochwasserschutz gäbe, wann die dort notwendigen Sanierungsmaßnahmen ausgeführt werden und welche zeitlichen Abläufe durch den Landesbetrieb vorgesehen sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Rücksprache diesbezüglich beim Landesbetrieb zu. Die Antwort werde er schriftlich nachreichen.

**zu 11.6 mdl. Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Parkverbot in der August-Bebel-Straße**

---

**Herr Bönisch** bezog sich auf seine Anregung in der letzten Stadtratssitzung zur Prüfung der Halteverbotssituation in der August-Bebel-Straße. Er fragte an, ob die Anregung durch die Verwaltung aufgegriffen wurde und daran gearbeitet wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass die Anregung aufgenommen wurde und man sich in Gesprächen mit der Polizei befinde. Über das Ergebnis werde er informieren.

**zu 11.7 mdl. Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Raumkonzept HWG**

---

Bezüglich der Unterlagen zu den Verwaltungsstandorten der Stadt Halle (Saale), Anlage 2, informierte **Herr Bönisch** darüber, dass darin 23 Standorte mit insgesamt 1.670 Mitarbeiter aufgelistet wurden. Er fragte nach, wo die restlichen Mitarbeiter der Verwaltung aufgelistet sind und wann eine Übersicht dazu vorgelegt werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass viele Einrichtungen, die mit städtischen Mitarbeitern besetzt sind, nicht im Raumkonzept aufgeführt wurden. Als Beispiel führte er das Stadtmuseum an.

**Herr Heinz, Fachbereichsleiter Immobilien**, ergänzte, dass bestimmte Einrichtungen nicht zur Debatte für eine Zentralisierung stehen würden.

Des Weiteren teilte **Herr Heinz** mit, dass die HWG bei der Raumkonzeption eine ähnliche Herangehensweise wie die Stadt wählte und in Abstimmung mit der Verwaltung Standorte vorschlug, welche vielleicht zur Disposition gestellt werden könnten. Diesen Vorschlägen müsse aber nicht in jedem Fall gefolgt werden.

Er informierte weiter darüber, dass auch die Verwaltung ein Potential darin sehe, ca. 300 bis 400 Arbeitsplätze zu zentralisieren und damit Kosten einzusparen.

**Herr Bönisch** machte noch einmal darauf aufmerksam, dass es sinnvoll sei, eine komplette Übersicht über alle Verwaltungsstandorte mit den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorzulegen.

**Herr Heinz** sagte eine kurzfristige Nachreichung der geforderten Unterlagen zu.

---

**zu 11.8 mdl. Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption**

---

Bezugnehmend auf eine mündliche Beantwortung in der März Sitzung des Stadtrates fragte **Herr Feigl** nach der Umsetzung der Maßnahmen der Radverkehrskonzeption, welche für das II. Quartal 2015 avisiert wurde.

Laut Aussage von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, befindet sich die Konzeption in Bearbeitung. Einen abschließenden Termin würde er schriftlich mitteilen.

---

**zu 11.9 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Hafenbahntrasse**

---

**Herr Scholtyssek** erinnerte daran, dass im November 2012 ein Gestaltungsbeschluss für den Bau der Hafenbahntrasse gefasst wurde.

In Bezug auf den Platz „Am Prellbock“ habe er feststellen müssen, dass die Bauausführung von der damaligen Beschlusslage abweicht. Anstelle der geplanten Pflasterung wurde ein Asphaltüberzug vorgenommen und die im Gestaltungsbeschluss dargestellte Bank sei auch noch nicht realisiert.

Er fragte nach, ob es Abweichungen zum Gestaltungsbeschluss gäbe.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Erläuternd teilte er mit, dass nach dem Gestaltungsbeschluss die Ausführungsplanung erfolge, wo manche Details noch angepasst werden können.

---

**zu 11.10 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Kita-Gebühren-Rückerstattung**

---

**Herr Scholtyssek** fragte an, ob er als Elternteil, mit einem Kind in einer städtischen Kita, in Bezug auf die Kita-Gebühren-Rückerstattung als Stadtrat dem Mitwirkungsverbot unterliege.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verneinte das. Mitwirkungsverbot bestehe nur, wenn unmittelbare persönliche Interessen berührt sind. Da es sich im vorliegenden Fall um ein Gruppeninteresse handelt, würde dies hier nicht zutreffen.

Zur weiteren Vorgehensweise mit diesem Thema teilte er mit, dass nach Streikende durch die Verwaltung eine Wertung vorgenommen und dem Stadtrat eine konkrete Vorlage mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt werden soll.

#### **zu 11.11 mdl. Anfrage Herr Klätte, Stadtrat, zur Akteneinsicht Planetarium**

---

**Herr Klätte** machte darauf aufmerksam, dass in der letzten Stadtratssitzung Akteneinsicht zum Planetarium durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt wurde. Er fragte nach dem Termin der Akteneinsicht und ob die Möglichkeit für ihn bestehen würde, an diesem Termin teilzunehmen.

Die Weitergabe des Termins an Herrn Klätte wurde zugesichert.

#### **zu 11.12 mdl. Anfrage Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, zum Gelände in der Schopenhauer Straße**

---

**Herr Dr. Wend** fragte an, ob die Verwaltung mit Sicherheit ausschließen kann, dass es, bis zur endgültigen Klärung, nicht zu einem Verkauf bzw. zu Verkaufsverhandlungen des Geländes kommen wird.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde mitgeteilt, dass ein Verkauf immer erst im Stadtrat bzw. im zuständigen Ausschuss zu beschließen wäre.

#### **zu 12 Anregungen**

---

##### **zu 12.1 Anregung Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Passage Frankestraße/Waisenhausring**

---

**Herr Bernstiel** regte an, für die Passage an den Franckeschen Stiftungen zum Waisenhausring Künstler der Freiraumgalerie oder andere Graffitikünstler zu gewinnen, um den Bereich eventuell mit einem Graffitikunstwerk dauerhaft zu verschönern.

**Frau Ernst, Büroleiterin**, informierte, dass bereits Absprachen mit Künstlern getroffen wurden. Die Arbeiten wurden bereits ausgeführt.

**zu 12.2 Anregung Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Städteumbau-  
programm**

---

**Herr Bartl** regte an, bei den Überlegungen zu den Projekten für das Städtebauprogramm schnelle Entscheidungen zu fällen, kurzfristige Vorbereitungen zu treffen und gegebenenfalls ein Risiko einzugehen, damit die Projekte und Einrichtungen in den einzelnen Ausschüssen gerecht bewertet und priorisiert werden können.

**zu 13 Anträge auf Akteneinsicht**

---

**zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der CDU/FDP-Stadtratsfraktion in alle der  
Verwaltung vorliegenden Unterlagen zur Ansiedlung des Vereins Hallescher  
ISC e.V. in Halle-Neustadt**

---

Es lagen keine weiteren Anregungen und Wortmeldungen vor.

**Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2015.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Hendrik Lange  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Kirsten Sommer  
stellv. Protokollführerin